Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 273

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 29. Juni

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3,00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6930. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Fehrenbachs Regierungsprogramm

Der große Tag

Die dritte Sitzung des Reichstages wird um 11 Uhr 25 Min. eröffnet.

Am Regierungstisch die Mitglieder des neuen Kabinetts.

Präsident Loebe teilt mit, daß der Abg. Erzberger (Ztr.) wegen Krankheit vier Wochen Urlaub erbeten hat. (Heiterkeit.) Weiter gibt er das Ergebnis der Schriftführerwahlen bekannt. Zu Schriftführern wurden gewählt: Frau Schuch (Soz.), Fischer-Berlin (Soz.), Frau Agnes (U. S. P.), Dr. Pfeiffer (Ztr.), Heile (Dem.), Kempkes (D. Volksp.), Heuermann (D. Volksp.) und Malkewitz (Deutschnat.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung.

Reichskanzler Fehrenbach:

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Wahlen zum ersten Reichstag für den neuen deutschen Freistaat sind vorüber. Ihr Ergebnis spiegelt die Krisis wider, in der sich unser öffentliches politisches Leben befindet. Ueber ihre Ursachen mich zu äußern, ist nicht meine Aufgabe. Der Volksvertretung und der Regierung ist es jetzt darum zu tun, trotz dieser Krisis das Reichsschiff über Wasser zu halten, es zu steuern und vor dem Schiffbruch zu bewahren. Der ersten Verantwortung die sie die Volksgesamtheit gegenüber übernommen hat, ist sich die neue Regierung vollauf bewußt. Der Schwere der sie erwartenden Aufgaben entsprechen auch die Schwierigkeiten, die mit der Bildung der Regierung überwunden werden mußten, Schwierigkeiten, die mit der Krisis unseres Parteilebens unzertrennlich verknüpft und deshalb unvermeidlich waren. Wenngleich wohl die Regierung entschlossen an ihre Arbeit herantritt, so tut sie es in der Zuversicht, daß auch dieses Hohe Haus von dem gleichen Verantwortungsgefühl getragen, ein durch gegenseitiges Vertrauen getragenes ersprießliches Arbeiten ermöglichen und nach Kräften fördern wird.

Bevor ich die neue Regierungsliste zur Kenntnis des Hohen Hauses bringe, fühle ich mich verpflichtet, der zurückgetretenen Regierung, namentlich ihren jetzt aus derselben scheidenden Mitgliedern und vorab meinem Herrn Amtsvorgänger, den herzlichsten Dank des Vaterlandes auszusprechen. Es hat ihrer Arbeit nicht an der Kritik gefehlt, die keiner Regierung erspart bleibt. Aber soviel ist sicher: in schwerer Stunde haben sie verantwortungsvolle Aemter übernommen. Mit der ganzen Gewissenhaftigkeit pflichteifriger Männer haben sie die ungeheuer schwierigen Aufgaben zu lösen gesucht. (Beifall.) (Der Reichskanzler stellt nun die schon genannten Reichsminister vor.)

Das Programm der neuen Regierung

das ich nunmehr Ihnen zu unterbreiten die Ehre habe, ist entsprechend den Art. 52 bis 58 unserer Verfassung das Ergebnis einer sorgfältigen Beratung des ganzen Kabinetts. Hocherfreulicherweise ist dabei eine lückenlose Uebereinstimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder zutage getreten. Bei der Wichtigkeit der Sache halte ich gegenüber dem größeren Eindruck der freien Rede doch die getreue Wiedergabe des Wortlauts für dringlicher.

Zahlreich sind die Aufgaben, die trotz aller parteipolitischen Zerklüftung und trotz erschwerter Majoritätsbildung gelöst werden können und müssen, um die Grundlage für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau unseres Volkes zu schaffen. Der Weg, den wir betreten müssen, wird uns zu einem nicht geringen Teil durch die gesamten Verhältnisse, in denen zu leben wir genötigt sind, geradezu vorgeschrieben. Nicht wie ein glückliches Volk in gesunder und gesicherter Wirtschaftslage können wir die Kragen unseres Lebens stellen, können wir an den Aufbau des Reiches, des Wohnhauses unseres Volkes, treten. Wer versuchen wollte, sich diesen Tatsachen zu verschließen, der würde sich bald hart an ihnen stoßen. Die Erkenntnis der so gegebenen Spannung zwischen Wollen und Können mußte sich der alten Regierung aufdrängen, wie sie der neuen gewisse Grenzen vorschreiben wird. Aus dieser unumstößlichen Tatsache ergibt sich ohne weiteres ein gewisses Maß von Kontinuität in der Führung der Regierungsgeschäfte.

Die Konferenz in Spa

steht unmittelbar bevor. Sie gibt mir Anlaß, zunächst ein Wort zu sagen über unsere auswärtige Politik.

Alle unsere Beziehungen zum Ausland stehen unter dem Zeichen des Friedensvertrages von Versailles, der gerade heute vor einem Jahre von uns unterzeichnet worden ist und der über unserem Vaterlande liegt wie eine dunkle Wettermolke. Die Lasten, die er dem deutschen Volke auferlegt, sind unerhört groß und in ihrer vollen Schwere kaum erkannt. Nachdem aber Deutschland den Vertrag angenommen hat, kann es für die Reichsregierung, solange sich die bisher feindlichen Staaten nicht zu Aenderungen verstehen, keine andere Richtlinie in der inneren wie der äußeren Politik geben als das Streben, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, soweit das überhaupt möglich ist.

Besonders muß Deutschland auch der Verpflichtung zu einer Herabsetzung der Heeresstärke auf das für die Erhaltung der Ordnung in Deutschland und für die Grenzpolizei notwendige Maß in den sonstigen Abrüstungsmaßregeln und zur Wiedergutmachung ehrlich und ohne Hintergedanken nachkommen. In dieser Hinsicht hat die parteipolitische Zusammensetzung der Reichsregierung auf ihre Stellungnahme keinen Einfluß. Ich betone ausdrücklich, daß auch die bisherige Regierung in der Durchführung der Friedensbedingungen mehr geleistet hat, als bei den ungeheuren Schwierigkeiten der inneren und äußeren Lage Deutschlands erwartet werden konnte. (Sehr richtig!)

Wenn Verblendete und Unversöhnliche diesseits und jenseits der Grenzen die deutschen Leistungen zur Erfüllung der Friedensbedingungen systematisch herabsetzen, so wird es die Aufgabe der neuen Regierung sein, urkundlich darzulegen, was wir bereits geleistet, abgetreten und hergegeben haben. Ich will die traurige Aufzählung hier unterlassen — es ist viel mehr, als je ein anderes Volk den siegenden Gegnern geleistet hat, obwohl unsere Volkskraft beim Ende des Krieges aufs schwerste getroffen war.

Wenn trotzdem nicht alle Bestimmungen des Vertrags nach dem Wortlaut durchgeführt worden sind, so liegt das nicht am bösen Willen Deutschlands, sondern an Verhältnissen, die stärker sind als sein guter Wille. Zu diesen Umständen gehört in erster Linie das tiefe Mißtrauen, das unter unseren Gegnern immer noch gegen Deutschland herrscht. (Sehr wahr!) Wer dieses Mißtrauen schürt, der versündigt sich an den Lebensinteressen ganz Europas (Zustimmung), denn nur auf gegenseitigem Vertrauen kann die durch den Krieg zusammengebrochene Wirtschaft der Welt wieder aufgebaut werden. Wir werden es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, der verhängnisvollen Wechselwirkung, die zwischen dem Mißtrauen der Gegner und dem Mißlingen der Erfüllung der Friedensbedingungen besteht, ein Ende zu machen, indem wir alle unsere früheren Gegner davon überzeugen, daß im deutschen Volke machtpolitische Träume oder Revanchegedanken um so weniger Boden finden, je einsichtiger man ihm entgegentritt (Zustimmung), und daß jeder gute Deutsche jetzt nur als Losungswort kennt, das, was der Krieg zerstört hat, in ruhiger und friedlicher Arbeit wieder aufzubauen. (Beifall.) In dieser Aufgabe fühlen wir uns als Arbeitsgenossen aller Völker, die durch den Krieg gelitten haben, und wir wissen, daß von uns als von den im Krieg Unterlegenen besonders harte Arbeit zu leisten sein wird. Wenn wir sie aber leisten sollen, so darf man von uns

nicht das Unmögliche fordern,

nicht durch unverständige Auslegung des Friedensvertrages die Arbeitsfähigkeit Deutschlands zerstören. (Allgemeine Zustimmung.) Wir müssen wirtschaftlich und politisch wieder leistungsfähig gemacht werden. Wie die Verwüstungen der Schlachten, so sind die indirekten Wirkungen des Krieges, die völkerrechtlichen Verwüstungen, noch nicht beseitigt. Europa und Vorderasien sind auch politisch noch in völliger Verwirrung. Diese Verwirrung wirkt auf unsere wirtschaftlichen und politischen Zustände vielfach zurück. Die unruhigen Zustände im Osten, die Unsicherheit der allgemeinen Lage verzögern und hemmen auch unseren, mit dem Gesamtschicksal Europas aufs engste verknüpften Wiederaufbau. — Auch in den ehemals feindlichen Ländern sind neuerdings Stimmen laut geworden, die ein Verständnis dafür beweisen, daß wir, um Schäden wiedergutmachen zu können, zunächst selbst zu einer geregelten, gegen Unruhe und Unordnung geschützten Produktion gelangen müssen. (Sehr richtig!) Diese Stimmen haben bei uns vielleicht zuweit gehende Hoffnungen geweckt, aber sie geben uns doch Grund zu der Zuversicht, daß jene Gedanken auch auf der Konferenz in Spa Widerhall finden werden, und daß es dort in gemeinsamer Arbeit gelingen wird, gangbare Wege zu dem Ziel der Wiedergutmachung zu finden. An dem ehrlichen Willen der deutschen Regierung wird es dabei ebenso wenig fehlen wie an der Bereitwilligkeit des deutschen Volkes, alle seine Arbeitskraft für die Verwirklichung eines wahren Friedens zwischen den Völkern einzusetzen. Sie werden es begreiflich finden, daß ich heute im einzelnen auf die Mittel nicht eingehe, die nach Auffassung der deutschen Regierung diesen Zwecken dienen könnten. (Zuruf bei den U. S.: Darauf käme es gerade an!) Wir sehen gerade darin einen Fortschritt, daß die schwierigen und mannigfaltigen Probleme des gemeinsamen Wiederaufbaues zwischen den Beteiligten nun mündlich besprochen werden sollen (Sehr richtig!), und können dieser Besprechung aus leicht begreiflichen Gründen nicht vorgreifen. (Sehr richtig!) Den Zielen unserer auswärtigen Politik, Friede und Wiederaufrichtung von Handel und Verkehr mit allen Kulturvölkern passen wir auch

unsere innere Politik

an. Unsere vordringlichste Sorge ist der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes; diesen auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatkräftig weiterzuführen, ist der einheitliche und feste Wille der Regierung. (Beifall.) Alle Parteien fordern wir auf, in einer Zeit, in der es um Leben und Sterben des Volkes geht, in der auswärtige, wirtschaftliche und finanzielle Fragen unsere gesamten Kräfte in Anspruch nehmen müssen, verfassungsrechtliche Kämpfe zurücktreten zu lassen. Wir stehen auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung aller Deutschen, und lehnen daher jeden Versuch der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder die Bewilligung von Vorrechten an eine Klasse ab. (Unruhe b. d. U. Soz. Lebhafter Beifall rechts.) Unser Ziel ist eine Politik der Versöhnung (Unruhe und Zurufe der U. Soz.) und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiete. Deshalb bekämpfen wir jeden Klassen- und Rassenhaß, jede soziale und religiöse Vergewaltigung. Der entscheidende Gesichtspunkt bei Besetzung der nicht rein politischen Aemter wird für uns die persönliche Tüchtigkeit, nicht die Parteizugehörigkeit sein. (Lebhafter Beifall.) Von den Beamten erwarten wir, daß sie, auf dem Boden der Verfassung stehend, gewillt sind, in ihrer amtlichen Tätigkeit die Regierung in langbewährter, uneigennütziger Mitarbeit zu unterstützen. Denn was uns jetzt vor allem nottut, ist Ruhe und Ordnung in unserem Staatsleben. (Lebhafte Zustimmung.) Ohne Achtung vor den Gesetzen und der Autorität der Regierung, die nur vom Vertrauen der frei gewählten Vertreter des gesamten Volkes getragen werden kann, ohne diese Achtung, meine Damen und Herren, kann kein Staat und kein Volk gedeihen. (Sehr richtig!)

Die Regierung appelliert deshalb an das gesamte deutsche Volk, welche Parteirichtung der einzelne auch einschlagen mag. Führen wir den schrecklichen Krieg nicht fort im Innern, nachdem er an den Grenzen des Reiches ausgetobt hat! (Zuruf b. d. U. Soz.: Das sagen Sie nur der Rechten!)

Wer könnte angesichts der furchtbaren Nöte unseres Volkes

einen Bürgerkrieg verantworten?

(Auf der U. S.: Kapp-Lüttwitz!) Wer irgendwelche Gewaltakte gegen Verfassung und Gesetz, die zu einem solchen Bürgerkrieg mit Notwendigkeit führen müßten? Der Kampf der politischen Meinungen mit Waffen des Geistes wird die Regierung nicht hemmen. Dem Appell an die Gewalt muß und wird sie unparteiisch nach allen Seiten tatkräftig entgegentreten. (Beifall bei der Mehrheit) und jeden Versuch einer gewaltsamen Umwälzung, wohr er auch kommt, niederkämpfen. (Erneuter Beifall, Ruf von den U. Soz.: Fragen Sie da drüben an! Rufe von den Mehrheitssoz.: Ihr reicht euch doch die Hand!) Auf den Grundmauern der Verfassung von Weimar soll der Ausbau des inneren Staatslebens weitergeführt werden. Kein Zweig der an Zahl und Bedeutung stets wachsenden Staatsaufgaben darf verkümmern. Die Neuregelung des gesamten Bildungswesens und der Beziehungen zwischen Staat und Kirche, die Ausgestaltung des Rechts der Beamten, die Einsetzung höchster Gerichte als Hüter der Verfassung und der Grundrechte der Deutschen wird die Regierung und den Reichstag in vielfach ersten Maße beschäftigen. (Hört! Hört! Ruf v. d. U. Soz.: Militärjustiz!) Warten Sie ab! (Rufe b. d. U. Soz.: Wir können nicht warten! Heiterkeit.) Unsere Jugend, vielfach verwahrlost durch den langdauernden Krieg und seine Folgen, gilt es zu einem gesitteten Friedensleben zurückzuführen und es auszufüllen mit Freude an geistiger Betätigung und an körperlicher Leistungsfähigkeit. (Zuruf v. d. U. Soz.) Der Wiederaufbau, dem die Reichsregierung in erster Linie dienen will, muß sich auf alle Gebiete der Volkswirtschaft und der Kultur erstrecken. Neben den berechtigten Ansprüchen des Volkes auf Befriedigung seiner materiellen Bedürfnisse sollen die Aufgaben nicht vernachlässigt werden, die aus jahrhundertelanger Geistesarbeit deutscher Kunst und Wissenschaft erwachsen sind. (Beifall.) Der Platz, den deutscher Forscher- und Unternehmergeist in der Welt errungen und deutsche Technik und Werkkunst geschaffen haben, muß uns erhalten bleiben. Der Not der deutschen Wissenschaft muß abgeholfen werden. Bei ihrem Vorgehen aber wird sich die Regierung von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß der Wiederaufbau auf den mannigfachen Gebieten zwar eine straffe und entschiedene Einheitlichkeit in den Grundzügen erfordert, daß aber nicht die Ausgestaltung und Durchführung bis in die Einzelheiten Sache des Reiches sein darf (Sehr wahr! im Ztr.), vielmehr den Ländern im Rahmen des Reichsrechts Freiheit der Entwicklung gewahrt und geschaffen werden soll. (Beifall.) Einer

Ueberspannung der Zentralisation

werden wir uns widersetzen. (Beifall im Zentrum.) Sie führt zu Unübersichtlichkeit und schafft unnötige Reibungsflächen. (Ruf links: Bayern!) Das Eigenleben unserer deutschen Stämme und Länder hat an der Bereicherung der deutschen Kultur und an dem Aufblühen unseres Wirtschaftslebens stets seinen großen Anteil gehabt und soll nur da seine Grenze finden, wo es das Wohl des Reiches verlangt. Die Fühlung mit den Landesregierungen durch persönliche Zusammenkünfte enger zu gestalten, betrachten wir als unsere Aufgabe. Dem Gedanken der Achtung und Schonung der Eigenart der deutschen Stämme wird die Reichsregierung auch gegenüber den Anregungen zum Zusammenschlusse und zur Umbildung von Ländern und Landesteilen folgen und den Willen der Bevölkerung in den beteiligten Gebieten als Richtschnur anerkennen, soweit kein überwiegendes Reichsinteresse entgegensteht. (Beifall rechts.) Die Abstimmung, die über das zukünftige Schicksal von Teilen Ost- und Westpreußens und von Oberschlesien entscheiden soll, steht vor der Tür. Die Reichsregierung und — ich darf hier zugleich im Namen des deutschen Volkes sprechen — das deutsche Volk hegen die feste, unerschütterliche Zuversicht, daß die durch Jahrhunderte bewährte deutsche Gesinnung der Bevölkerung den Sieg unserer gerechten Sache verbürgt. (Lebhafter, allgemeiner Beifall.) Im gleichen Sinne gedenken wir heute der Bevölkerung von Eupen und Malmedy. (Beifall.) Die Durchführung der

Neuorganisation der Reichswehr

wird — das ist die feste Hoffnung der Reichsregierung — dazu führen, die bedauerlicherweise entstandene Kluft zwischen Volk und Heer zu überbrücken. (Zuruf links: Schwindel!) Dieses Ziel wird erreicht werden, wenn die Reichswehr in immer wachsendem Maße sich als Teil des Volkes fühlt und bekundet, und wenn auf der anderen Seite alle Kreise des Volkes immer größeres Verständnis gewinnen für die Lebensbedürfnisse des Heeres und die Schwierigkeiten, mit denen es noch zu kämpfen hat. (Zustimmung rechts. Zwischenrufe links: Fort mit der Reichswehr!)

Der Entwurf des Gesetzes über die in der Verfassung vorgeschriebene Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit liegt dem Reichsrat bereits vor. Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft wird für lange Jahre das Problem sein, an dessen Lösung die Denk- und Arbeitskraft der Volksgesamtheit des Parlaments und der Regierung in fester Gemeinschaft unablässig gesetzt werden muß. Die Hälfte unseres gesamten Sachvermögens vor dem Kriege ist vernichtet, aufgebraucht und verlor durch den Krieg! (Zuruf von den U. S.: Durch Ihre Schuld!), sowie durch die Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedens. Trotzdem gehört alles am Reich und vom Reiche! (Sehr richtig! rechts und im Zentrum), anstatt es zu stärken und wiederaufzurichten. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Auf solchen Wegen ist eine Genesung der deutschen Volkswirtschaft unmöglich. Sie steht in Wechselwirkung mit der Gesundung der zerrütteten Reichsfinanzen. Die unausgesetzte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006291-17/fragment/page=0001

Steigerung unserer schwebenden Schuld drückt die Kaufkraft unseres Geldes, verringert unseren Kredit und treibt die Preise in schwindelnde Höhe. Die Masse des Papiergeldes ist kein Zeichen des Wohlstandes, sondern der Gradmesser des Anwachsens der Verarmung. (Allgemeine Zustimmung.) Und je mehr der Geldwert zusammenbricht, desto heftiger werden die Kämpfe um Lohn und Gehalt, die trotz allem mit der Preisentwicklung gleichen Schritt halten. Eine Schraube ohne Ende! Handel und Verkehr, jedes Gewerbe und jede Arbeit sind durch diese Entwicklung auf das ernsteste gefährdet. Dieser Gefahr muß begegnet werden mit allen Mitteln, damit wir unser Volk vor dem furchtbaren Elend eines Zusammenbruchs bewahren. Gott behüte unser Volk davor, daß es erst durch den Zusammenbruch die Not der Zeit in ihrer ganzen Größe erkennen lernt. (Zustimmung.) Darum muß die

Sanierung der Reichsfinanzen

mit allem Nachdruck gefördert werden. (Zustimmung.) Dazu bedarf es eines großen Maßes von Pflichtbewußtsein im gesamten Volke. (Sehr wahr!) Auch in der übrigen Welt werden Steuern und Abgaben gefordert in einer Höhe, wie man sie vor dem Kriege sich nicht träumen ließ. Wir Deutschen haben noch schwerere Steuerlasten zu tragen als andere Staaten und werden dieselben doppelt schwer empfinden, da unsere Wirtschaft so außerordentlich durch Krieg und Blockade gelitten hat. Das Gros des Steuerbedarfs ist in der großen Steuerreform der deutschen verfassungebenden Nationalversammlung dem Reiche bewilligt worden. Vor einem Jahr hatte das Reich erst 4½ Milliarden laufende Einnahmen. Wenn die neueröffneten Einnahmequellen sich entsprechend der Etatsschätzung für 1920 entwickeln, so werden an Steuern 24 Milliarden einkommen. (Bewegung.) Darunter allerdings 9 Milliarden einmalige Steuern. Aber trotz dieser Steuermasse werden die Schulden wachsen in einem sehr bedeutenden Maße. Denn Milliardenbeträge sind auf Schulden zu nehmen infolge des Friedensvertrages, des Wiederaufbaus und der Fehlbeträge der Verkehrsverwaltungen. Wir sind also noch nicht zu Ende mit unserer Reformarbeit auf diesem Gebiete (Lachen bei den U. S.) und erst recht noch nicht zu Ende mit den sonstigen Aufgaben einer Finanzreform. Kaum ist auf dem Gebiete des Steuerwesens eine wesentliche Besserung erzielt, so tut sich ein neuer Abgrund auf bei den Betriebsverwaltungen des Reichs. Die Post rechnet mit einem Defizit von nahezu einer Milliarde (Hört, hört!), die Eisenbahn mit mehr als 15 Milliarden. (Hört, hört!) Hier muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden. Eine der allerwichtigsten Aufgaben des neuen Reichstags! Die Gefahr, die durch das beängstigende Anwachsen unserer Schuld droht, wird durch die vielfachen Versuche erhöht, die Steuern zu hinterziehen und zu sabotieren. (Sehr richtig!) Steuersabotage in diesem kritischen Augenblick ist ein Verbrechen am Volk. (Lebhafte Zustimmung.) Das an Fluchwürdigkeit nicht zurücksteht hinter dem Verbrechen des Landesverrats. (Sehr richtig!) Und ein nicht minder großes Verbrechen am Vaterland wie am Volke ist es, wenn direkt oder verschleiert zur Steuersabotage aufgefordert wird. (Sehr wahr!) Diesen selbstsüchtigen, das Gesamtwohl gefährdenden Bestrebungen werden Reichstag und Reichsregierung mit allen Mitteln entgegentreten haben. (Sehr schwach! b. d. U. Soz.) Keiner von uns darf vergessen, daß solch schwere Steuern immer noch viel leichter zu ertragen sind als der Bankerott der Finanzen und in seinem Gefolge der Zusammenbruch der gesamten Volkswirtschaft. Wie nun die Volkswirtschaft abhängt von der Grundlage unserer Reichsfinanzen, so wird umgekehrt der Sanierungsprozeß der Reichsfinanzen gefördert durch die Wiederherstellung unserer Güterergiebigkeit.

Von dieser Stelle aus ist einmal gesagt worden, wir müßten Waren exportieren oder Menschen. Meine Damen und Herren, Menschen können und wollen wir nicht exportieren (Zustimmung), denn nach den ungeheuren Menschenverlusten, die uns der Krieg zugefügt hat, könnte das deutsche Volk weitere große Bevölkerungsverluste einfach nicht tragen. Unsere einzige Rettung liegt also — das ist die übereinstimmende Ueberzeugung unserer Wirtschaftsfachmänner in Theorie und Praxis — in der Steigerung unserer Güterergiebigkeit, der müssig machen und die unnützlich und mit allen Kräften gefördert werden muß. Alle Kreise der Bevölkerung, jede Gemeinschaft und jeder einzelne muß seine Kräfte in dieses Ziel setzen, um so das unmenschliche Wort von den 20 Millionen Menschen, die wir zuviel haben sollen, zuschanden zu machen. Unsere Ernährungslage ist nach wie vor besorgniserregend. In einigen Teilen des Reiches sind wegen der

unzureichenden Versorgung bereits ernste Unruhen

entstanden. Die Eingänge der Reichsgetreidestelle aus den inländischen Ablieferungen sind unzureichend. Nur mit Hilfe einer erheblichen Einfuhr gelingt es, die äußerst knappe Brotversorgung aufrechtzuerhalten; die Kartoffelversorgung ist infolge der ausländischen Zufuhren und der vermehrten Ablieferung inländischer Vorräte gegenwärtig verhältnismäßig befriedigend. Die öffentliche Fleischversorgung mußte in den letzten Monaten in immer größerem Umfange auf die Bestellungen des Auslandes gegründet werden. (Rufe: Hört, hört! U. Soz.) Die Milchverdorgung ist gebessert infolge der günstigen Jahreszeit, jedoch kann im dichtbevölkerten Freistaat Sachsen sowie im rheinisch-westfälischen und oberschlesischen Industriegebiet der Milchnotbedarf der Kranken und Kinder nur zum Teil befriedigt werden. (Rufe: Und in Berlin?) Für die Aufrechterhaltung unserer Ernährung werden wir auf sehr große weitere Zufuhren von Lebensmitteln aus dem Auslande angewiesen sein. Wollen wir wirtschaftlich wieder gesunden, so genügt es nicht, das Volk auf die bisherigen dürftigen Rationen weiter zu beschränken. Die mangelnde Ernährung konnte wohl während des Krieges zur Not ertragen werden; sie ist aber im Frieden unerträglich und muß schließlich zu einer völligen Vernichtung unserer Volkskraft führen. Unser Bestreben muß daher in der nächsten Zukunft auf größtmögliche Steigerung der Lebensmitteleinfuhr gerichtet sein, um eine Verbesserung der Ernährung herbeizuführen und Reserven anzulegen, die für die Sicherung unserer Versorgung unbedingt notwendig sind. Bei dieser Gelegenheit muß ich mit tiefstem Danke der großherzigen Hilfe ausländischer Menschenfreunde gedenken, welche durch Speisung von Hunderten schwacher deutscher Kinder eine erhebliche Linderung der Not dieser Bemitleidenswerten unseres Volkes bewirken. (Lebhafter Beifall.) Eine Besserung unserer Versorgung darf besonders von der begonnenen Lockerung der Zwangswirtschaft erwartet werden. (Lachen b. d. Soz.) Allerdings kann bei den heutigen Ernährungsverhältnissen die Forderung nach völliger Wiederherstellung des freien Verkehrs für die wichtigsten Nahrungsmittel noch nicht erfüllt werden. Unsere Ernährungspolitik muß von dem Grundsatze geleitet sein, daß in Zeiten der Knappheit der Staat einem jeden die Befriedigung seines dringendsten Bedarfs zu erschwinglichen Preisen sichern muß. Es kann nur ein planmäßiger Abbau in Frage kommen, der dem jeweiligen Stande der Produktion und der Versorgung Rechnung trägt. Auf den zahlreichen Gebieten jedoch, auf denen eine öffentliche Bewirtschaftung keine unbedingte Notwendigkeit mehr ist, auf denen der freie Handel eine bessere und billigere Versorgung herbeiführen kann, wird der Abbau mit Beschleunigung weitergeführt werden. (Beifall.) Auf diese Weise wird den Schieber- und Wucherum am ehesten der Boden entzogen und die Moral des Volkes wieder gehoben. (Zustimmung und Widerspruch.) Besonders soll den Handel Gelegenheit gegeben werden, seine Kaufkenntnisse und Auslandsbeziehungen in erhöhtem Maße in den Dienst der Lebensmitteleinfuhr zu stellen. Aber immer bleibt das

Rückgrat unserer Ernährung unsere heimische Landwirtschaft.

Aus der Heimaterde müssen wir gesunden! Durch intensivste Bebauung müssen wir unserm Boden die höchsten Erträge abringen. Hierzu bedarf es der höchsten Anstrengung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Landwirtschaft. Auf dem Wege friedlicher Verständigung müssen die Arbeitsstreitigkeiten geschlichtet werden, die die Volksernährung gefährden. (Sehr richtig!) Die sächlichen Betriebsmittel, deren der Landwirt für die Intensivierung seines Betriebes bedarf, vor allem Dünger und Futtermittel, müssen ihm zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Produktivkraft ist eine der ersten Voraussetzungen unseres Wiederaufbaues. (Zuruf der U.-Soz.: Wo bleibt die Sozialisierung? — Lachen rechts.) Damit kommen wir zu den Grundkräften unserer Wirtschaft. Wie für die Landwirtschaft, so sind auch für die gesamte weiterverarbeitende Industrie die Erträgnisse unseres Bergbaues die Grundbedingung ihrer Existenz und ihres Aufstieges. Daß aus dem Schoße unserer Erde Kohle und Erz in größten Mengen gefördert wird, muß durch die unausgesetzte Bemühung der Regierung bilden. Sie wird alle technischen, sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergreifen, die zu diesem Ziele führen. Hier, bei der gewerblichen Urproduktion, liegt verankert das Schicksal unserer Industrie, das Schicksal der Arbeiter, die Möglichkeit unserer Ernährung. Darum ist die Frage der gewerblichen Urproduktion auch im weitesten Maße Angelegenheit der Volksgemeinschaft.

Die im Interesse der Volksgemeinschaft erlassenen Gesetze über Sozialisierung, insbesondere das über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, werden loyal durchgeführt. (Lachen der U. Soz.) Die Arbeiten der Sozialisierungskommission sollen fortgesetzt und von der Reichsregierung gefördert werden. Zweck und Erfolg jeder Sozialisierung muß Steigerung der Produktion sein. Die Regierung wird Bedacht nehmen auf die Erholung einer gesunden Gliederung des Wirtschaftsorganismus und deshalb den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand nach Kräften unterstützen in dem Bestreben, durch zweckmäßige Organisationseinrichtung seine Lebens- und Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu stärken. (Beifall.) Dabei wird der gemeinschaftliche Zusammenschluß ein wesentliches Mittel der Selbsthilfe bilden.

Die Probleme unserer Wirtschaft sind auf dem Boden des völlig freien Spiels der Kräfte nicht zu lösen. Es bedarf dazu einer zielbewußten Volkswirtschaftspolitik, die in jeder Weise auf das Gesamtwohl eingestellt ist. Zur Durchführung dieser Politik wird das Zusammenwirken der Wirtschaftsressorts, also des Reichswirtschafts-, des Reichsfinanz- und des Reichsverkehrsministeriums sowie des Reichsarbeitsministeriums wesentlich beitragen! Diese Politik wird ferner auf weitgehende fachmännische Beratung gestützt werden. Die Regierung begrüßt daher lebhaft, daß gleichzeitig mit dem neuen Reichstag der vorberatende Reichswirtschaftsrat seine Arbeit begonnen. Zusammensetzung und Arbeitsmethode des endgültigen Reichswirtschaftsrates zu bestimmen, ferner in den Betriebswirtschaftsräten den Unterbau für den Reichswirtschaftsrat zu schaffen, wird eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des vorbereitenden Reichswirtschaftsrats sein. An der

Fortführung der Sozialreform

hält die Regierung fest. Die große Reform der Reichsversicherungsordnung bedarf zwar noch eingehender Vorbereitung; dagegen wird schon bald eine Anpassung dieses Gesetzes an die veränderten Verhältnisse erfolgen müssen, um wenigstens den dringendsten Bedürfnissen der Versicherten sowohl, als auch der Versicherungsträger gerecht zu werden. Die Regierung denkt dabei vor allem an den Aufbau neuer Lohnklassen und an eine neue Festsetzung der Beträge, entsprechend den höheren Leistungen der Invalidenversicherung. Die baldige Einbringung von Vorlagen zur Kranken- und Invaliden- und Unfallversicherung ist beabsichtigt. Eine Gesetzesvorlage über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit liegt dem Reichsrat bereits vor. (Zuruf der U. Soz.: Sieht schön aus!) Ihre schleunige Erledigung ist in aleiter Weise ein dringendes Gebot der sozialen Fürsorge wie der Wirtschaftsförderung. Im engsten Zusammenhang mit diesen Fragen stehen die Fragen der Förderung des ländlichen Siedlungswesens und der Durchführung des Heimstättengesetzes. (Beifall.) Hier soll eine straffere organisatorische Zusammenfassung der Kompetenzen in die Wege geleitet werden, um uns dem erstrebten Ziele näher zu bringen, das eine Lebensnotwendigkeit für die Wohlfahrt des deutschen Volkes bildet. (Sehr richtig! rechts.) Dabei ist die dringende Aufgabe der Unterbringung der Bergarbeiter besonders hervorzuheben. Das große Reichsversorgungsgesetz zugunsten unserer Kriegsbeschädigten und ihrer Angehörigen hat die Nationalversammlung bereits verabschiedet. In Anlehnung an das Reichsversorgungsgesetz für die Kriegsbeschädigten soll auch die Entschädigung derjenigen Personen geregelt werden, die nicht durch ihren militärischen Beruf, wohl aber durch Kriegshandlungen einen körperlichen Schaden erlitten haben. Das weiteren sind abschließende Gesetze zur Entschädigung der aus den abgetrennten Gebieten Verdrängten, der Auslands- und Kolonialdeutschen (Beifall), wie endlich der Reder, die ihre Schiffe für die Gesamtheit opfern mußten, seit längerer Zeit in Vorbereitung (Beifall); sie werden demnächst dem Reichstag vorgelegt werden. Dabei wird auch die Frage der Beihilfen an Schiffsoffiziere und Mannschaften ihre Erledigung finden. Zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter befinden sich verschiedene Gesetze in Vorbereitung. Die Verbesserung und Vereinheitlichung des Arbeiterrechts war bereits Gegenstand hervorragender Sorge der früheren Regierung. Sie wird es nicht minder für die neue Regierung sein. Jedoch ist das Werk so umfangreich, daß ein Abschluß in kurzer Zeit nicht erwartet werden kann. Gleichwohl soll die Reform im einzelnen tatkräftig fortgeführt werden. Die Neuordnung der sozialen Sondergerichtsbarkeit ist in Vorbereitung. Nachdem das Betriebsrätegesetz von der Verfassungebenden Deutschen Nationalversammlung bereits beschlossen ist, werden Regierung und Reichstag nunmehr der Schaffung der Bezirksarbeiterräte und eines Reichsarbeiterrats unverzüglich nähertreten. Wir hoffen zuversichtlich, mit dem Ausbau dieser gesetzlichen Vertretungen der Arbeiter eine neue, wichtige Etappe zurückzulegen auf dem Wege zum wirtschaftlichen sozialen Frieden. Wir hoffen, daß dadurch im Zusammenhange mit den anderen großen Errungenschaften auf sozialem Gebiete auch die Arbeits- und Berufsfreudigkeit mehr und mehr zunimmt. Den sozialen Frieden zu fördern und zu sichern, werden Regierung und Reichstag Hand in Hand arbeiten müssen. Es ist der ehrliche und aufrichtige Wille der Regierung, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr zu regieren. (Beifall.) Denn nur durch

einträchtiges Zusammenwirken aller Erwerbs- und Berufsstände

kann der Wiederaufbau Deutschlands ermöglicht werden. Die Regierung hofft zuversichtlich, daß sich kein Stand dieser gemeinsamen Pflicht entziehen wird. Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein kurzes Schlußwort. Ich knüpfe dabei an die letzten Gedanken des Regierungsprogramms an. Wir sind eine fogenannte bürgerliche Regierung, aber nicht durch unseren Willen. Wir haben auch die sozialdemokratische Partei wiederholt und dringlichst um Mitarbeit in der Regierung gebeten. Ich hüte mich, den ablehnenden Bescheid einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Aber das glaube ich ohne Widerspruch feststellen zu dürfen: der freiwillige Verzicht auf die Mitarbeit in der Regierung legt der betreffenden Partei Verpflichtungen auf gegenüber einer Regierung, die wie bisher nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern wie bisher mit ihr und für sie regieren will (Zurufe bei den Soz.), deren dringlichste Sorge dem werktätigen Volke gewidmet sein soll, werktätig im weitesten Sinne aller körperlich und geistig Ringenden, den Arbeitern in der Landwirtschaft, im Handwerk, in der Fabrik, im Bergbau, den Arbeitenden auf allen Gebieten, auch des geistigen und künstlerischen Schaffens. (Beifall im Zentrum.) Wir wollen sein eine Regierung der Versöhnung, des Ausgleichs der Gegensätze, des Aufrufs an die ganze deutsche Nation zur tatkräftigen Mitarbeit an der Wiederaufrichtung des zusammengebrochenen Vaterlandes. Nötiger als eine starke Faust scheint uns jetzt jene ehrlich dargebotene Rechte zu sein, in die alle Wohlmeinenden einschlagen können. (Sehr wohl! im Zentr.) Es ist die Hand, welche die Schwielen unverdrossener Arbeit aufweist und sich nach einem langen Lebenswerk nur mit der Friedenspalme schmücken will. Keine Gefahr für irgendein Volk der Erde, aber die Hoffnung aller nach Stammesart, Sprache, Sitte und Lebensauffassung seit langen, ja zum Teil seit einem Jahrtausend Verbundenen, die ein Unrecht darauf haben, daß das schöne Wort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker auch einmal Wahrheit werde. (Lebhafter Beifall.) Uns hat nur das Bewußtsein der Pflicht gegenüber Volk und Vaterland an diese Stelle geführt. Wenn irgendwo der bedeutende Mann mit gewichtigem Namen und anerkanntem Ansehen aus bewährter Vergangenheit gefunden werden sollte, glauben Sie mir, ich preise die Stunde glücklich, wenn ich das mir anvertraute Amt in seine Hände legen kann. Gott ist mein Zeuge, ich stehe vor Ihnen als ein Opfer meiner Auffassung von vaterländischer Pflicht. (Allseitiger Beifall.) Und das gleiche gilt von meinen Herren Kollegen. (Wiederholter Beifall.) An das deutsche Volk und seine Vertretung appelieren wir, daß sie sich bei ihren politischen Entschließungen von den gleichen Beweggründen leiten lassen. In einer Stunde der Not und folgenschwerster Entschließungen treten wir vor den deutschen Reichstag. Gemeinsam wollen wir schaffen, Trennendes zurückstellen, uns zusammenfinden im Gedanken des Opfers für das große Ganze, auf daß Deutschland lebe! (Großer Beifall und Händeklatschen bei den bürgerlichen Parteien.)

Präsident Loebe schlägt vor, die Aussprache über die eben erfolgte Regierungserklärung nach der Mittagspause beginnen zu lassen. Das Haus ist damit einverstanden.

Die auf der Tagesordnung stehenden Interpellationen der Soz. betreffend Arbeitslosigkeit und Wohnungsnotnot werden nach der Erklärung des Vizekanzlers Dr. Heinze innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Die Interpellation der U.-Soz. betreffend die Vorgänge in Thal bei Ruhla in Thüringen am 24. März 1920 erklärt sich Reichswehrminister Geßler sofort zu beantworten bereit.

Reichswehrminister Dr. Geßler: Mit dem ganzen Hause bedauere ich auf das tiefste die traurigen Vorgänge, wo Deutsche von Deutschen getötet worden sind und wo so großes Leid über zahlreiche Familien gebracht worden ist. Doch muß ich es mir verbeten, heute mich sachlich zu äußern, da auf Veranlassung gegen das freisprechende Kriegsgerichtsurteil Berufung eingelegt und das Urteil also noch nicht rechtskräftig geworden ist. Die Frage der Entschädigung der Hinterbliebenen der Getöteten wird erst nach der Rechtskraft des Urteils erledigt werden. Die Zeitfreiwilligen selbst unterlagen der Militärgerichtsbarkeit, da sie auf Grund der damals bestehenden Vorschriften in die Reichswehr eingegliedert und als aktive Soldaten anzusehen waren. (Hört! hört! bei den U.-Soz.) Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit liegt dem Reichstage vor. Die Gründe, warum er nicht schon von der Nationalversammlung verabschiedet werden konnte, sind dem Hause bekannt. (Unruhe bei den U.-Soz.)

Abg. Ledebour (U.-Soz.) beantragt die Besprechung bis nach der Erledigung der Aussprache über die heutige Regierungserklärung zu vertagen.

Für den Antrag auf Besprechung stimmen die beiden sozialdemokratischen Parteien und einige Demokraten. Das Bureau erklärt den Antrag für angenommen.

Die Besprechung wird an einem der nächsten Tage stattfinden. Der Gesetzentwurf betreffend die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1920 geht an den Haushaltsausschuß.

Der Gesetzentwurf, durch den das für die Mitglieder der Nationalversammlung erlassene Diätengesetz auch für den Reichstag für gültig erklärt wird, wird ohne Erörterung in allen drei Lesungen angenommen. Das Haus vertagt sich auf 3 Uhr nachmittags.

Die Nachmittagssitzung

w. Berlin, 28. Juni.

Bei der Wiederaufnahme der Sitzung um 3 Uhr nachmittags wies das Haus bei weitem nicht mehr die Fülle des Vormittags auf. Auch die Tribünen zeigen große Lücken.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung ¼4 Uhr und erteilt das Wort dem

Abg. Scheidemann (Soz.), der erklärt, er wolle kurz sprechen und hoffe, daß sein Beispiel auf die weiteren Beratungen des Reichstages einwirken werde. Die Erklärungen der Regierung ließen freilich manches vermissen, was seine Partei gern gesehen hätte, aber im allgemeinen könne man mit dem Programm einverstanden sein. Die gute Absicht Fehrenbachs, die Reinheit seines Wollens stünden für ihn außer jeden Zweifel. So habe er auch das feste Vertrauen zu ihm, daß er mit seiner Person für den Schutz der Verfassung einstehen werde. Das Kabinett werde seine Partei auf seiner Seite haben, wenn es dem heute gekennzeichneten Programm der Arbeiterschaft gegenüber treu bliebe. Ebenso werde es sie zum Gegner haben, wenn es jemals die Bahn verlasse, auf der allein eine bessere Zukunft des deutschen Volkes zu erhoffen sei. Wenn jetzt zum erstenmal die Sozialdemokraten im Kabinett nicht vertreten seien, so sei das allein der Politik der Unabhängigen zu danken.

Fortwährend von Zwischenrufen unterbrochen, hält Redner mit den Unabhängigen Abrechnung, denen er Eigennutz, Kurzsichtigkeit und Verblendung vorwirft, die zur Zerrüttung der Arbeiterschaft geführt hätten. Er warnt vor jedem Versuch der Herbeiführung gewaltsamer Umwälzung. Sodann wendet er sich an die Deutsche Volkspartei, die er davor warnt, den Lockungen der äußersten Rechten zu folgen. Er wirft ihr skrupellose Führung des Wahlkampfes vor. Er entwickelt hierauf das Programm seiner Partei und fordert vor allem die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, die namentlich im Hinblick auf das Marburger Urteil als eine Schmach empfunden werde. Scheidemann bedauert, daß die Ausführungen des Kanzlers über die Sozialisierung mimosenhaft geblieben seien und verlangt die Beseitigung des Großgrundbesitzes. In der auswärtigen Politik sei es Pflicht der Regierung, die Welt von unserem friedliebenden Absichten zu überzeugen, auch Rußland. Deutschland müßte es ernst sein, seine Pflichten zu erfüllen. Nur die internationale Solidarität des arbeitenden Volkes könne die Wunden des Krieges heilen. Das sage er auch den Männern, die in Spa unsere Interessen wahrzunehmen haben. Diese könnten auch die Ueberzeugung mit sich nehmen, daß sie in diesen Tagen das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit hinter sich hätten, wenn sich auch vielleicht später die Wege scheiden würden. Die unverblümte Verirrung der Arbeiterschaft, die sich in den Wahlergebnissen widerspiegele, werde sich wieder geben. Dann werde auch die Stunde für den Sozialismus schlagen.

Abg. Ledebour (U. S.) erklärt, seine Partei habe den Eintritt in die Regierung abgelehnt, weil die Wahl klar bewiesen habe, daß das Volk die Koalitions-Parteien verurteile. Die Unabhängigen würden ihrer ganzen Vergangenheit ins Gesicht schlagen, wenn sie einer solchen Koalition sich angeschlossen hätten. Alles

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006291-17/fragment/page=0002

was die Mehrheitssozialisten sich aus der Koalition auf den Hals geladen hätten, hätte dann seine Partei mitanstoßen sollen. Als dann die Koalition unmöglich wurde, hatten die Mehrheitssozialisten sich aufs neue an die Unabhängigen gewendet. Selbstverständlich hätten dann diese ihre Forderungen gestellt (Ihr waret ja die Minderheit) und daran sei das sozialistische Kabinett gescheitert. Seine Partei stehe bei ihrem Programm, das ihr fünf Ministerien stimmen verschafft habe. Er gebe zu, daß einzelne Mitglieder seiner Partei abweichende Ansichten bekundet hätten. Darauf aber komme es nicht an, das Parteiprogramm sei bindend und hieran halte auch die Reichstagsfraktion fest. Die Einigung im Proletariat sei freilich auf dem Wege, aber nicht auf dem Wege über das Parlament. Der Kampf gegen die Reaktion werde das einigende Band bilden. Dann werde auch der Tag kommen, wo die Mehrheitssozialisten Hand in Hand mit uns gehen. Redner kommt sodann auf die Kanzlerrede zu sprechen, aus der er leider nichts greifbares habe entnehmen können. Er erinnert an die noch heute bestehenden Küstwitz- und Kapplente. Was sei gegen die Offiziere geschehen, die auf der Seite des Putsches gestanden hätten? Statt die Truppen aufzulösen, würden immer Fehrfarten in die Heimat gegeben, gleichzeitig aber Rückfahrkarten, ein Beweis, daß eine militärische Nebenregierung in reaktionärem Sinne an der Arbeit sei, die stärker sei als die Regierung. Demgegenüber müßten die Arbeiter sich rechtzeitig auf den Generalstreik einrichten. Wenn der Kanzler in der Arbeiterfrage die Politik der bisherigen Regierung festsetzen wolle, so sei dem Redner damit nicht gedient, denn die alte Regierung sei ihm so gut wie alles schuldig geblieben. Das Kabinett wolle Ruhe und Ordnung. Wenn der Reichskanzler die Zwangswirtschaft nur in geringen Grenzen weiterführen wolle, so sei er damit nicht einverstanden. Die Zwangswirtschaft müsse im Gegenteil ausgebaut und alle Vorräte in Staatsbesitz genommen werden. Redebour fordert weiter die Sozialisierung des Großgrundbesitzes und des Wohnungswesens. Das Proletariat werde seine Forderungen mit immer größerer Energie geltend machen und jedes Mittel wählen, was es seinem Ziele näher bringt. In Spa werde der Reichskanzler jedenfalls den Versuch machen, eine Milderung der Friedensbedingungen durchzusetzen. Eines der besten Unterstützungsmittel hierzu würde die Aufhebung des stehenden Heeres sein. Wir können aber nicht erwarten, daß die herrschenden Klassen der Westmächte dementsprechen werden. Das können nur die Arbeitermassen aller Völker einschließlich Amerikas tun. Unsere Arbeit ist es, diese Massen in unserem Sinne zu übergeugen. Nur so ist gegenseitige Verbrüderung der Völker und ewiger Friede möglich. Am Schlusse seiner Rede trat Redebour für Friedensschluß mit Rußland und Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland ein. Dazu werde seine Partei gern mithelfen.

Abg. Dr. Hergt (Dtsch.)

Abg. Dr. Hergt (Deutschnat.) bespricht die Preßäußerung der Koalitionsparteien, welche den Ausfall der Wahlen als eine Dummheit der Wähler hingestellt hätten. Er schildert sodann die Verhandlungen über die Regierungsbildung, die wie ein kalter Wasserstrahl auf die Wähler gewirkt hätte. Aber wenn man an die Forderungen der Demokratie von 1917 erinnere, daß kein Reichskanzler ohne vorherige Verständigung mit dem Parteien ernannt werden dürfe, frage man sich doch, wo sei das alles geblieben. Es sei dann ein gewisses Gefühl der Abstumpfung gekommen, daß man sich sage, das sei einleuchtend. Man habe in den Eindruck eines Handelsgeschäfts nach jeder Revolution komme ein Rückschlag, das sei auch jetzt der Fall gewesen. Klar sei es jedenfalls, daß im deutschen Parlament nur eine Koalitionsmehrheit möglich sei. Wenn sich der Kanzler jetzt an die Unabhängigen wandte, sei das nach dem Ausfall der Wahl erklärlich, glücklicherweise hat die Antwort der Unabhängigen die Sache klargelegt. Die Unabhängigen sind gegen jede Demokratie und gegen jede Koalition, also auch gegen die Verfassung. Für sie gilt die Diktatur des Proletariats Proteste, Zuruf: Sie selbst sind gegen die Verfassung!) So lange ich Vorsitzender der Deutschnationalen Partei bin, wird sie auf dem Boden der Verfassung stehen. Die Mehrheitssozialisten sagen sich von der Koalition los, damit hat die Mehrheitssozialdemokratie als zu jeder produktiven Mitarbeit unfähig sich erklärt. Die andere Lösung wäre ein gesamtbürgerliches Kabinett, worüber wir keinen Zweifel gelassen haben. Das Volk schreit nach Autorität. Die Demokraten wollen nicht mit uns zusammenarbeiten, deshalb haben sie unser Aufbauprogramm garnicht einmal angehört. Der Deutschen Volkspartei mache er zum Vorwurf, daß der Abgeordnete Heinze gleich zu Beginn der Regierungsbildung die Waffen gestreckt habe. Den Wahlkampf haben wir Seite an Seite geführt. Deshalb hätte Heinze sich zu uns bekennen können. Die Regierungsbildung ist ein Verlegenheitsprodukt. (Wir bringen den Wortlaut der Rede in der Abendausgabe.)

Reichsminister des Auswärtigen Simons: Der Vorredner hat seine Verwunderung Ausdruck gegeben, daß die drei Noten der Entente nicht veröffentlicht wären. Sie sind uns am 25. Juni telegraphisch zugegangen. Als ich am 26. Juni mein Amt übernahm, fand ich den Entschluß vor, die Noten zu übersehen und sie nur inhaltlich an die Presse zu geben. Sonnabend nachmittag fand die bekannte Kabinettssitzung statt. Am Sonntag verschaffte ich mir den allgemeinen Einblick über mein Amt und heute morgen verfügte ich die Veröffentlichung der Noten. Sie werden morgen früh in der Presse zu finden sein. So lange ich im Amt sein werde, werden Sie mir keine Angst vor der Oeffentlichkeit vorwerfen können. (Beifall.)

Darauf wird die Besprechung unterbrochen.

Eingegangen sind drei Interpellationen betr. die angeblichen Vorbereitungen für einen Generalstreik und Umfassung der Verfassung, die Protestversorgung im Rheinland und in Westfalen.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. Schluß 7 Uhr.

Der Reichsnotetat,

der dem Reichstage zugegangen ist, ermächtigt die Regierung zur Zahlung aller notwendigen Zahlungen bis zum 31. Oktober d. Js. Die Kredite, die gefordert werden, belaufen sich auf rund 5000 Millionen Mark die im einzelnen näher begründet werden. — Der Reichstag wird seine kurze Sommertagung bereits im Donnerstag abschließen und in der kommenden Woche von Vorlagen nur das Etatsnotgesetz und einige kleinere Vorlagen verabschieden. Die zweite Montagssitzung soll ausschließlich der politischen Aussprache dienen und zwar werden an diesem Tage nur die Redner der sozialdemokratischen Parteien sprechen. Die anderen Parteien kommen am Mittwoch zu Worte.

Die Mordaffäre Blau vor Gericht

Es wurde am Sonnabend der Kriminalkommissar Dr. Riemann vernommen. Dieser schilderte die näheren Umstände, welche ihn und die beiden anderen Mitglieder der Mordkommission, Reg.-Rat Dr. Weiß und Kriminalkommissar Trettin, zu der Annahme, daß

nicht Selbstmord, sondern Mord

vorliege, veranlaßt habe. In den Taschen der Leiche fand man einen Gepäckschein und in dem Gepäck selbst mehrere Briefe politischen Inhalts, welche mit „Dr. Michael" und „Blau" unterzeichnet und an die bolschewistische Liga gerichtet waren. Vors.: Aus den Akten geht hervor, daß Blau sich den Namen „Dr. Michael" zugelegt hatte. — Der Zeuge schildert weiter, wie er durch die bei der Leiche und in dem Koffer gefundenen Schriftstücke schließlich auch auf Stolz und angere Zeugen gekommen sei, welche sofort erklärten, daß Blau Spitzel gewesen und wahrscheinlich deshalb ermordet worden sei. Der Zeuge schildert dann eingehend, wie die Kriminalpolizei sichtsweise auf den Zusammenhang der Dinge und der in Betracht kommenden Personen gekommen ist. Der Zeuge schildert auf Befragen, wie Pohl allmählich zusammengebrochen sei und Angaben gemacht habe, die den Eindruck voller Wahrheit machten. Der Verdacht auf Fichtmann sei durch anonyme Briefe und durch Angaben des Zeugen Teufel gelenkt worden, der positiv wußte, daß Fichtmann in der fraglichen Versammlung gewesen sei und ihm von einem dort erscheinenden Mann ein Brief übergeben worden sei, welcher ihn aufforderte, an eine bestimmte Stelle zu kommen.

Die Vernehmung des Zeugen Kriminalkommissars Trettin setzt wieder bei den Darlegungen über seine Ermittlungen in München ein. Es handelte sich damals darum, daß die intellektuellen Urheber des Mordes, die in München sitzen sollten, aufzudecken. Schreiber hat bei seiner Vernehmung angegeben, daß er zuerst bei der Regierung als Spitzel tätig war. Die Mitteilungen, die Schreiber dem Zeugen über Blau machte, trugen, nach der Bekundung des Zeugen Trettin, das Gepräge voller Wahrheit. Zeuge Trettin schildert dann, wie nach seinen Ermittlungen Blau am 29. Juli abends von München abgefahren sei. In seiner Begleitung befanden sich Schreiber, Herm und Schuster. Dies wird auch in einem an die Redaktion des „Berliner Tageblattes" gerichteten anonymen Briefe mitgeteilt. In dem Briefe heißt es, daß der Plan der Ermordung Blaus auf der Fahrt nach Berlin gefaßt worden sei. In längerer Darstellung gibt der Zeuge weiter eine Schilderung der Fahrten der vier Leute nach Berlin. Aus den weiteren Darlegungen Trettins geht hervor, daß Schreiber am 31. Juli 1919 auf Weisung des Herm nach Hötensleben zu den Eltern des Herm gefahren ist. Am 2. August ist Herm aufgeregt dort eingetroffen und hat gesagt er komme direkt aus Berlin. Auf die Frage Schreibers, wo denn Blau geblieben sei, habe Herm geantwortet: Blau ist besorgt! Zu weiteren Aeußerungen über diesen Punkt ließ sich Herm nicht herbei.

Nach weiteren Vernehmungen wurde die Verhandlung auf Montag vertagt.

Die Teilnehmer für Spa

h. Berlin, 28. Juni.

Wie verlautet, werden an den Verhandlungen in Spa, wenn nicht noch im letzten Augenblick eine Aenderung vorgenommen werden sollte, Reichskanzler Fehrenbach, Reichsminister des Auswärtigen Simon und Reichsfinanzminister Wirth teilnehmen.

W. Paris, 28. Juni.

Wie die Morgenblätter melden, tritt die Konferenz in Brüssel am 2. Juli zusammen. Lloyd George und Millerand treffen am Donnerstag dort ein.

Loucheur hat im Auftrag des Finanzausschusses der Kammer einen Bericht über die Regelung der Kriegslasten und die Wiedergutmachung ausgearbeitet, der demnächst zur Verteilung gelangen soll.

w. Cuxhaven, 28. Juni.

Hier ist eine Reuner-Kommission eingesetzt worden, die in Verbindung mit dem Magistrat eine Herabsetzung der Preise vornimmt und verschiedene Geschäftsleute verpflichtet hat, eine Woche lang ihre Ware an die minderbemittelte Bevölkerung ohne jeden Nutzen zu verkaufen.

Stellungnahme zur Zwangswirtschaft für das Erntejahr 1920/21

Die vom Deutschen Landwirtschaftsrat einberufenen landwirtschaftlichen Körperschaften aller Länder erklären zur Frage der Zwangswirtschaft folgendes:

1. Die öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse darf sich für das Erntejahr 1920/21 nur noch auf Brotgetreide und Milch unter Vermeidung von Härten für den Erzeuger erstrecken. Alle übrigen Erzeugnisse sind ganz frei zu geben. Die Vertretungen der Landwirtschaft sind aber bereit, die Beschaffung wichtiger Lebensmittel unter Ausschluß behördlicher Einwirkung durch Abschluß unmittelbarer Lieferungsverträge sicher zu stellen.
2. Soll an diesem Grundsatze nicht schematisch Rechnung getragen werden, müssen die Landwirtschaftlichen Körperschaften jede Mitarbeit für die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes ablehnen.
3. Erste Voraussetzung für die Besserung der Lebenshaltung des deutschen Volkes ist die Vermehrung landwirtschaftlicher Produktion. Diese kann nur wieder hoch kommen, wenn dem Landwirte endlich volle Freiheit in seinem Betriebe gegeben wird.

Karlsruhe, 27. Juni.

Die Beratungen des Landtagsausschusses zur Frage der Zwangswirtschaft führten zu dem Ergebnis, daß nur die Beibehaltung der Zwangswirtschaft für Milch, Butter, Brotgetreide, Gerste, Hafer, Zucker und für Brennstoffe (Kohlen und Holz) als noch notwendig bezeichnet wurde. Für die übrigen Artikel wurde die alsbaldige Aufhebung der Zwangswirtschaft, ebenso die sofortige Beseitigung der nicht mehr notwendigen Kriegs-Gesellschaften gefordert. Die badische Landesfutterstelle soll aufgehoben werden. Die Baustoffbewirtschaftung bezüglich des Vorklandgesetzes und Koks soll tunlichst abgebaut werden. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Zwangs-Pensionierung in Preußen

Eine bedenkliche Vorlage der Regierung.

Berlin, 28. Juni.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt die preußische Regierung mit sämtlicher Beichtenvorlagen an die preußische Landesversammlung eine Vorlage zu bringen, die ihr in weitgehendem Maße die Zwangs-Pensionierung von älteren Beamten ermöglichen soll. Während nach der bisherigen Rechtslage jeder Beamte für sich bei Erreichung des Alters von 65 Jahren seine Pensionierung verlangen kann, soll jetzt umgekehrt die Regierung jeden Beamten in Pension schicken dürfen, der diese Altersgrenze überschreitet.

Diese Maßnahme würde zu der jetzigen Zeit überall den größten Unwillen hervorrufen. Die Sozialdemokratie, die ohnehin ihren einflußreichsten Posten der Verwaltung ihren Butterkrippenanwärtern überwiesen hat, wäre dadurch noch mehr in der Lage, freiwerdende Amtsstellen den nicht vorgebildeten Genossen zu überlassen. Dazu kommt noch ein weiteres Bedenken, auf das die „Germania" mit vollem Recht aufmerksam macht. Das Blatt vertennt nicht, daß es durchaus erwünscht sein kann, unserer Verwaltungsmaschinerie frische Kräfte zuzuführen, und daß den jüngeren Beamten ein rascheres Vorwärtskommen ermöglicht wird. Auf der anderen Seite aber dürfte nicht außer acht gelassen werden, daß der Beamte mit einer reicheren Lebens- und Dienstesfahrung gerade in der jetzigen Zeit für die einzelnen Verwaltungszweige von größtem Nutzen ist. Darum ist es falsch, allgemein von Beamten, die das 65. Lebensjahr erreicht haben, zu verlangen, daß sie einem lieb gewordenen Berufe entlagen, auch wenn sie noch geistiger und körperlicher Frische ihre Pflichten erfüllen. Gerade Beamte in hohen Lebensjahren können dem Vaterlande noch die besten und wichtigsten Dienste leisten, nicht zuletzt gerade in leitenden Stellungen.

Ausnahmezustand in Hamburg. Nachdem die Lebensmittelkrawalle in Hamburg Sonntag abend einen bedeutenden Umfang angenommen und zu Räubereien, Plünderungen und blutigen Exzessen zwischen dem Mob und der Sicherheitswehr geführt hatten (2 Tote, 80 Verwundete und 4 Verhaftete) wurde Montag in der Abendstunde der Ausnahmezustand über Hamburg erklärt.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes hat bisher zur Folge gehabt, daß, abgesehen von einzelnen Ansammlungsversuchen, Ruhe herrscht. Obst und Gemüse gibt es nirgends. Auf dem Zentralmarkte packten die Bauern und Gärtner ihre Waren wieder zusammen, als die Händler nicht die Wucherpreise bezahlen wollten.

Der sächsische Gastwirteverband droht mit der Kündigung sämtlicher Telephonanschlüsse. Der Verbandstag des sächsischen Gastwirteverbandes nahm eine Entschließung an, in welcher gegen die Erhöhung der Fernsprechgebühren und gegen die Zwangsanleihe Einspruch erhoben wird. Sollte der Reichstag bzw. die Reichsregierung diese Anordnung nicht zurückziehen, so werden die Gastwirte Veranlassung nehmen, ihre Anschlüsse sämtlich zu kündigen und weiter darauf dringen, daß die Gestänge an ihren Hausgrundstücken entfernt werden. Der Verbandsvorsitzende wurde beauftragt, den Zentralverband der Deutschen Gastwirte zu veranlassen, diese Protestkundgebung, Kündigung der Anschlüsse und die Entfernung der Gestänge, über ganz Deutschland zu verbreiten.

Der Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Berlin C 19, Gertraudenstraße 20/21) hat in einer Eingabe an den Reichstag und an das Reichsfinanzministerium Widerspruch gegen die Bestimmungen der §§ 45—52 des Einkommensteuergesetzes betr. den 10prozentigen Steuerabzug erhoben, weil durch ihn der wirtschaftlich schwächste Teil der Bevölkerung weit schärfer erfaßt wird als alle anderen Schichten. Die Eingabe fordert, mit sofortiger Wirkung die genannten Paragraphen vorläufig bis mindestens zum 30. September außer Kraft zu setzen, damit auf diese Weise die erforderliche Zeit zu erneuter Prüfung und gerechter Regelung der Angelegenheit gefunden werde. Der Gesamtverband hat sich vorbehalten, in dieser Richtung liegende Vorschläge zu machen.

Volkswirtschaft

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die Börse eröffnete in gedrückter Stimmung infolge der heutigen Meldung von der Erklärung des Belagerungszustandes in Hamburg und wegen Besorgnisse hinsichtlich der bevorstehenden Verhandlungen in Spa. Allenthalben wurde weitgehende Geschäftsentlastung gezeigt. Bei geringen Umsätzen gestaltete sich die Kursbewegung wieder außerordentlich unregelmäßig. Im allgemeinen hielten sich aber die Veränderungen in ziemlich engen Grenzen. Durch Festigkeit zeichneten sich gleich bei Beginn Schantungbahnen mit einer Besserung von 7 Prozent, ferner Petroleumaktien aus. Deutsche Petroleumaktien stellen sich auf 748. Im Verkehr entwickelte sich ein lebhafter Verkehr in Rheinischen Braunkohlenaktien, deren Kurse um 55 Prozent auf 627 emporschnellten, um aber auf Gewinnrealisierungen wieder etwa nachzugeben. Am Montanmarkt gewann Phönix 5 Prozent. Von Spezialwerten war Rheinmetall lebhaft befragt und gewann 15 Prozent. Auch Kaliwerte begegneten guter Kauflust. Schiffahrtsaktien schwächten sich mit Ausnahme von Nordbeutschem Lloyd ab. Anlagewerte blieben behauptet.

Produktenbericht. Am Produktenmarkt herrschte feste Stimmung für Hafer, namentlich für sofort verfügbare Ware, die auch teilweise sehr gefragt wurde. Hülsenfrüchte hatten ruhiges Geschäft. Für Wicken und Peluschken zeigte sich lebhafte Nachfrage. Lupinen und Serradella waren nur wenig beachtet. Sonstige Futterkorten fanden nur vereinzelt Abnehmer. Neues Heu war besonders für den Westen bei fester Tendenz lebhaft begehrt. Im Stroh hat das Geschäft wieder nachgelassen. Wetter: gedrückt.

Devisen-Notierungen: Berlin, 28. Juni.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	1321.15	1323.85	New-York	37.45	37.55
Brüssel-Antwerp.	322.15	322.85	Paris	808.70	809.30
Christiania	639.35	630.65	Schweiz	679.20	680.70
Kopenhagen	611.85	613.15	Spanien	619.35	620.65
Stockholm	834.15	835.85	Wien (altes)	19.48	19.52
Helsingfors	167.80	168.20	Oesterreich abgest.	25.72	25.78
Italien	330.75	331.25	Prag	86.65	86.85
London	148.60	149.90	Budapest	23.72	23.78

Haferotierungen:

Berlin, 28. Juni. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark loko ab Speicher frei Wagen —,— loko ab Bahn —,— Mark sofortige Abladung ab Abladestationen 2240—2280 ab Pommern und Brandenburg 2100—2180, ab Schlesien 2060—2100 Mark. Tendenz: fester.

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Uebersee-El.	
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	74.90	Deutsche Erdöl	1000
5% Deutsche Reichsanl.	79 ¾	Deutsche Gasglühl.	500
4 " "	73.—	Deutsche Kali	407.—
3½ " "	65.—	Deutsche Waff. u. Mun.	332.—
3 " "	63.20	Donnersmarckhütte	331.—
4 Preuss. Konsols	71.10	Döring u. Lehrmann	143.75
3½ " "	60.60	Dürkoppwerke	428.—
3 " "	56.35	Elberfelder Farben	385.25
4 Charl. Stadtanl.	89.90	Engelhard Brauerei	—,—
4 Magdeb. Stadtanl.	91.05	Felten u. Guilleaume	—,—
4% n. Sächs. landschaftl. Pfandbriefe	—,—	Gasmotoren Deutz	177.—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	90.—	Gebhardt u. Co.	—,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	99.50	Gebhardt u. König	219.—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	96.90	Geisenkirch. Bergb.	286.—
		Glanziger Zuckerfbr.	—,—
		Hallesche Masch.-Fabr.	440.—
		Hann. Masch.	325.—
		Harpener Berg	259.—
		Hasper Eisen	576.—
Ausländ. Werte		Hirsch Kupfer	248.—
4 Oesterr. Kron.-Rente	26.75	Höchster Farbw.	342.50
4 Ungar. Gold-Rente	30.20	Hoesch Eisen u. Stahl	325.—
4 Ungar. Kronen-Rente	29.25	Hohenlohe-Werke	160.—
		Humboldt-Masch.	139.75
Eisenbahn-Aktien:		Ilse-Bergbau	320.—
Halberstadt-Blankenb.	—,—	Kahla-Porzellan	378.—
Halle-Rettstedter	—,—	Kaliw. Aschersleben	339.—
Schantungbahn	030.—	Körbisd. Zucker-Akt.	375.—
Allg. Lokal-Str	933.—	Kyffhäuserhütte	173.50
Gr. Berl. Str.	136 ½	Lahmeyer u. Co.	165.—
Magdeburger Str.-B.	145.—	Lauchhammer	272.—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	440.—	Laurahütte	195.25
Orientbahn	180.—	Lingel. Erfurt	—,—
Schiffahrts-Akt.:		Linke u. Hofmann	310.—
Hambg. Paketfahrt	181 ½	Ludwig Loewe u. Co.	261.—
Hambg.-Südamerika	236.—	Lothringer Hütte	245.—
Hansa-Dampfschiff	315.25	Mannesmannröhren	328.50
Nordd. Lloyd	176 ⅝	Maschinenfabr. Buckau	225.—
		Oberschl. Eisenb.-Bed.	182.—
Banken:		do. Caro Heg.	240.—
Bank für Thür.	152.—	do. Kokewerke	416.—
Berl. Handelsges.	214.25	Oreenstein u. Koppel	241.—
Comm u. Diskontobank	165.50	Phönix-Bergb.	398.—
Darmstädter Bank	155.50	Rhein. Metall-Vorz.	290.—
Dess. Landesbank	—,—	Rhein. Stahlwerken	311.75
Deutsche Bank	274.50	Riebeck. Montan	273.—
Diskonto-Comm.	203.75	Rombacher Hütten	242.50
Dresdner Bank	172.50	Rositzer Brauk.	—,—
Credit-Anst. Leipzig	152.75	Rositzer Zucker	195.—
Mitteld. Kreditbank	140.—	Sangerhäuser Masch.	395.—
Privat-Bank	150.—	Hugo Schneider u. Co.	245.—
Nationalbank	146.—	Schuckert u. Co.	170.—
Oesterr. Kredit	91 ½	Siemens u. Halske	292.50
Reichsbank	148.—	Stettiner Chamotte	290.—
		Stettiner Vulkan	261.—
Industrie-Aktien:		Stollberger Zinkh.	236.—
Schultheiss-Brauerei	237.—	Stralsk. Spielkarten	325.—
Akt. f. Anilin	325.—	„Terra", Samen-A.-G.	—,—
Allgem. Elektr.-Ges.	271.—	Thale-Eisenhütte	370.—
Ammendorfer Papierf.	574.—	Tritzis-Akt.-Ges.	310.—
Anhalter Kohlenw.	200.—	Türkische Tabakregie	—,—
Annaberger Steingut	356.—	Ver. Köln-Rottweiler	244.—
Badische Anilin	422.—	Glanzstoff Elberf.	900.—
Bergmann-Elekt.-Akt.	2.5.—	Wegelin u. Hübner	145.—
Berl. Masch.-Bau	221.50	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Bismarckhütte	448.—	Westeregeln-Alkali	585.—
Bochumer Gußstahl	246.—	Wittener Gußstahl	—,—
Chem. Fabrik Buckau	372.50	Wrede-Mälzerei	142.50
Chem. Griesheim	289.50	Zeitzer Masch.	444.—
Chem. v. Heyden	304.—	Zellstoff Waldhof	290.50
Consolidation Schalke	900.—	Otavi-Minen	750.—
Cröllwitzer Papierfabr	—,—		
Daimler-Motoren	201.—	Tendenz: unregelmäßig	
Deutsch-Luxemburg	273.—		

Des umfangreichen Parlamentsberichtes wegen mußte die Roman-Fortsetzung leider zurückbleiben. Sie wird in der Abendausgabe nachgeholt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006291-17/fragment/page=0003

Eine Stadtverordnetensitzung ohne U. S. P.

Die Zurückberufung Dr. Rives gefordert — Die Erwerbslosenfürsorge — Quäkerspeisungen

Seit drei Monaten ist der Sitz des Oberbürgermeisters in Stadtverordnetensitzungssaal verwaist. Er blieb auch gestern verwaist, obwohl der Oberpräsident nach Einstellung des gegen Dr. Rive und die übrigen städtischen Beamten eingeleiteten Disziplinarverfahrens an den Oberbürgermeister die Aufforderung gerichtet hatte, sein Amt wieder zu übernehmen. Unsere Stadtväter beschäftigten sich auch gestern mit dieser Angelegenheit, wenn auch nicht so ausführlich wie in der letzten Dauersitzung. Man war sich gestern allgemein darüber einig, daß unser Stadtoberhaupt nunmehr sein Amt wieder aufnehmen müsse, und faßte auch einen dahingehenden Beschluß. Nur die U. S. P., einschließlich ihres neuen Magistratsmitgliedes, des unbesoldeten Stadtrats Kilian, hatte es vorgezogen, an der öffentlichen Sitzung nicht teilzunehmen. Uebrigens nicht zum Schaden der Sitzung, denn diese nahm einen recht glatten Verlauf und erreichte bereits nach 6 Uhr ihr Ende.

Die neuen Sätze der Halleschen Erwerbslosenfürsorge, die eine geringe Erhöhung erfahren, wurden angenommen, desgleichen 176 000 Mark für Straßenbauten südlich vom Bergmannstrost nachbewilligt. Eine Anfrage betr. Quäkerspeisungen veranlaßte den Magistrat, interessante Angaben über diese gemeinnützige Einrichtung zu machen. Es werden heute an 8000 Kinder (anfangs 4500) und 600 (300) hoffende und stillende Mütter gespeist; es sind von den Quäkern bislang für rund 1 100 000 Mark Lebensmittel für Halle geliefert worden. Der Stadt verursachten diese Speisungen die noch für ein volles Jahr geplant sind, bisher 82 000 Mark Kosten, denen 61 000 Mark Einnahmen gegenüberstehen. Magistrat und Stadtparlament sprachen den Quäkern ihren Dank aus. Eine weitere Anfrage betr. Straßenreinigung gab gleichfalls Anlaß zu einer kurzen Aussprache. Wollten wir unser Straßenreinigungswesen allein auf den Stand von 1918 zurückführen, so benötigen wir hierzu 1½ Millionen Mark. Dabei hat Halle diesen Betrieb nur um etwa 30 Prozent eingeschränkt, während sich die meisten Großstädte in ihren diesbezüglichen Einschränkungen bis zu 70 Prozent entschlossen haben. Auch eine Folge der neuen Zeit, die ja wohl im Zeichen des Fortschritts und der Verbesserungen stehen soll!

*

Sitzungsbericht.

Stadtv. Keil (Dem.) eröffnet die Sitzung und bittet Bürgermeister Seydel, den unbesoldeten Stadtrat ernannten Herrn Kilian in sein Amt einzuführen, was sogleich geschieht. Sodann verliest der stellvertretende Vorsitzende einen Erlaß des Oberpräsidenten Hörsing, laut welchem Oberbürgermeister Rive sein Amt unverzüglich wieder aufzunehmen hat, da das gegen ihn beantragte Disziplinarverfahren zu keinem Ergebnis geführt hat. Hierzu bemerkt Bürgermeister Seydel, daß man bald in dieser Angelegenheit zu einem Entschluß kommen möge. Stadtrat Wurm sei aus dem Magistrat ausgeschieden und habe sein Amt als Bürgermeister in Wittenberg angetreten, er selbst habe einen mehrwöchentlichen Urlaub nötig, das Fehlen dreier, nicht ganz unwichtiger Magistratsmitglieder könne katastrophal werden.

Stadtv. Keil verliest hierauf einen Antrag der mehrheitssozialistischen Partei, nach welchem Oberbürgermeister Rive ersucht wird, die gegen den Untersuchungsausschuß ausgesprochene Beleidigung, welche in der Bezeichnung „Denunziationskomitee" erblickt wird, zurückzunehmen. Ein zweiter Antrag der Demokratischen Fraktion ersucht den Oberbürgermeister um baldmöglichste Aufnahme seines Amtes.

Hierzu führt Stadtv. Osterburg (U. S. P.) aus: Auf den Antrag der Mehrheitssoz. Partei gibt meine Fraktion gar nichts. Die Aeußerungen des Oberbürgermeisters gelegentlich des Provinziallandtages können uns nicht beleidigen. Wir legen keinen Wert auf Zurücknahme dieser Aeußerung. — Stadtv. Günther (Unabh.) bittet um Vertagung der Sitzung für die Zeit einer Viertelstunde zwecks Abhaltung von Fraktionssitzungen. Die Abstimmung hierüber beschließt, zuerst die Tagesordnung zu erledigen.

Während nun Stadtv. Keil ein Drahtgramm der Flensburger Bürgerschaft verliest, erhebt sich Herr Hildebrandt (U. S. P.) und gibt unter dem Rufe „Zur Geschäftsordnung" die Erklärung ab, daß unter diesen Umständen seine Fraktion auf die weitere Teilnahme an der Sitzung verzichte. Daraufhin verlassen die Unabhängigen den Sitzungssaal.

Stadtv. Keil fährt nach dieser kleinen Unterbrechung im Verlesen der letzten Eingänge fort und teilt u. a. eine Eingabe des Vereins der Halleschen Holzhändler mit, welche sich gegen den Verkauf von Holz durch die Ortskohlenstelle richtet.

Hierauf tritt man in die Tagesordnung ein.

Als erster Punkt derselben findet die Aenderung der Bestimmung betr. Erwerbslosen-Fürsorge ihre Erledigung, über welche Stadtv. Hoe (Dem.) anstelle des abwesenden Stadtv. Günther (U. S. P.) Bericht erstattet. Nach der Aenderung beträgt die Unterstützung unter Berücksichtigung, daß Halle in die Ortsklasse C gehört, für jeden Wochentag für männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, 6 Mark, über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben, 5,50 Mark, unter 21 Jahren 3,50 M. Für weibliche Personen beträgt die Unterstützung über 21 Jahre 4,50 Mark bzw. 3,50 Mark, unter 21 Jahren 2,25 Mark. Die Familienzuschläge betragen für den Ehegatten 2,50 M. für die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 1,50 Mark. Wird ein erhöhter Ortslohn festgesetzt, so ist der Magistrat ermächtigt, die vorstehenden Sätze nach erfolgter Genehmigung der Regierung entsprechend zu ändern.

Stadtv. Wolbracht (Mehrheitssoz.) berichtet sodann über den Straßenbau südlich des Bergmannstrostes, für welchen eine Nachbewilligung von 176 000 Mark erforderlich ist. Die Vorlage wird mit kleinen Aenderungen genehmigt.

Stadtv. Gerig (Mehrheitssoz.) begründet den Einspruch mehrerer Anwohner der Seebener Straße gegen die Errichtung eines Kohlenschuppens. Da jedoch das Gemeinwohl näher steht als die Belästigung einzelner Anwohner, lehnt die Versammlung diesen Antrag ab.

Stadtv. Hoe (Dem.) berichtet über ein Gesuch um Anrechnung von Dienstzeit und Verleihung der Beamteneigenschaften der städtischen Sozialbeamtinnen und weist darauf hin, die Magistratsmitglieder möchten bedenken, daß in jedem einzelnen Falle geprüft werden muß, ob eine Sozialbeamtin Beamtin werden soll, da sonst die Gefahr vorliegt, wie auch Stadtrat Veltlhuysen betonte, daß alle Sozialbeamtinnen mit einem derartigen Anliegen kommen. — Stadtv. Grauenhorst (Mehrheitssoz.) wünscht auch die Büroangestellten mit einbezogen. — Stadtv. Fräulein Dr. Lange (Dem.) macht die Mitteilung, daß der Antrag von Sozialbeamtinnen des Jugendamtes ausgegangen ist; sie möchte ebenfalls auch die anderen Sozialbeamtinnen berücksichtigt wissen. — Stadtv. Frl. Boltze (Deutschnat.) schließt sich ebenfalls dieser Bitte an und stellt den Antrag, daß für die Besoldung der Sozialbeamtinnen der Gehaltsstab der technischen Lehrerinnen zugrunde gelegt wird. — Stadtv. Hoe (Dem.) bittet, den Antrag Bolze bis zur endgültigen Regelung der Beamtenbesoldung zurückzustellen. — Stadtv. Dürrfeld (Mehrheitssoz.) warnt vor der Berücksichtigung von Wünschen einzelner Beamtengruppen. Man möge hier nicht den Fehler machen und Gruppen berücksichtigen, welche gar keine Wünsche geäußert haben.

Stadtv. Bundt (Deutschnat.): Die Tätigkeit der einzelnen Sozialbeamtinnen ist so verschieden, daß keine einheitliche Besoldung zulässig ist. Der Antrag Bolze ist kein Antrag meiner Fraktion, sondern von verschiedenen Damen und Herren unterzeichnet. — Die Abstimmung ergibt Ueberweisung des vorliegenden Antrages an den Magistrat zur Berücksichtigung. Der Antrag Bolze wird im letzten Augenblick noch zurückgezogen.

Stadtv. Frl. Schrecker (Dem.) berichtet anstelle des abwesenden Stadtv. Günther (U. S. P.) über ein Unterstützungsgesuch des Ortsausschusses für Jugendherbergen. Der Antrag hat dahin geführt, daß der Magistrat dem Verein für Jugendherbergen beitreten wird. Betr. direkter Unterstützung der hiesigen Ortsgruppe soll genartet werden, bis der Ortsausschuß für Jugendpflege dazu Stellung genommen hat. Die Versammlung erklärt sich mit diesem Gesuche einverstanden.

Quäker-Speisungen in Halle.

Stadtv. Wilte (Mehrheitssoz.) führt zu einer in dieser Angelegenheit gestellten Anfrage aus: Es ist erwünscht, daß der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung Aufschluß gibt über seinen Anteil bei der Einrichtung und über seinen Einfluß bei der Durchführung der Quäkerspeisungen. Diese haben in unserer Stadt einen ziemlichen Umfang angenommen. Mit der Zeit haben sich verschiedene diesbezügliche Meinungsverschiedenheiten herausgestellt. So sei z. B. die Basis der Speisungen nicht breit genug gewählt. Dann machten sich einige Mängel fühlbar. Ferner kam die Lehrerschaft mit neuen Vorschlägen. Der Magistrat beanspruchte ein Vorrecht. Aus allen diesen Gründen wird der Magistrat gebeten, einmal hier Aufschluß zu geben.

Hierzu macht Stadtrat Veltlhuysen folgende Mitteilungen über die Organisation der Quäkerspeisungen. Anfang März dieses Jahres wurde bekannt, daß Quäker eine Hilfsaktion für deutsche Kinder planten. Als man sich an die Quäker gewandt hatte, machte Mitte März das Reichswirtschaftsministerium die Mitteilung, daß Prof. Abderhalden beauftragt sei, Quäkerspeisungen in Halle einzurichten. Dieser legte die ganze Organisation in die Hände des Magistrats und behielt sich nur die Oberaufsicht vor unter Bildung einer entsprechenden Kommission. Der Magistrat zweite Anfang April seine Kriegsküche zur Verfügung, außerdem 100 000 Mark. Das Reichswirtschaftsministerium verlangte, daß die für die Speisungen eingesetzte Kommission auf breitere Basis gestellt werde, welchem Wunsche man jedoch nicht nachkam. Die Behörden, vor allem das städtische Jugendamt, widmeten sich eifrigst diesem Hilfswerk. Aus 17 000 Kindern wurden die bedürftigsten herausgesucht; die Lehrerschaft stellte sich geschlossen in den Dienst der Sache und übernahm kostenlos die Aufsicht. Täglich wurden anfangs 4500 Kinder und 300 stillende Mütter, später 8000 Kinder und 600 Mütter gespeist. Das Essen wurde im Schlachthof in 22 Kesseln gekocht und durch Autos nach 27 Schulen gebracht. Durch das Lager gingen bisher für 1 100 000 Mark Lebensmittel. Von den Kindern wurde, soweit sie in der Lage waren, 25 Pfennig für die Mahlzeit bezahlt. Die Ausgaben der Stadt betrugen 82 000 Mark, die Einnahmen 61 000 Mark. Alle auftauchenden Schwierigkeiten waren nur momentaner Art. Die Lehrerschaft bekam eine entsprechende Stellung in der Kommission. Ob dieses Werk der Quäker in den Ferien bestehen bleiben wird, ist noch nicht bestimmt. Noch diesen wird es im vollen Umfange noch durchführbar sein. Auch an dieser Stelle sei den hilfsbereiten Freunden der Dank des Magistrats gesagt.

Stadtv. Keil (Dem.): Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich auch seitens der Versammlung den herzlichsten Dank zum Ausdruck bringe. (Bravo-Rufe.)

Eine von den Stadtverordneten der Deutschnationalen Fraktion und einigen anderen gestellte, vom Stadtv. Herold begründete dringliche Anfrage lautet folgendermaßen:

„Was gedenkt der Magistrat für eine schleunige ausgiebige Reinigung, insbesondere Wassersprengung der seit Wochen arg verstaubten städtischen Straßen und Plätzen zu tun?"

In der Beantwortung der Anfrage führt Stadtv. Balke (Dem.) aus: An allen Ecken und Enden müssen wir sparen. Der Etat für die städt. Straßenreinigung beträgt heute 1½ Million gegen 160 000 Mark im Jahre 1918. Es würde noch eine Ausgabe von 1½ Millionen hinzukommen, wollten wir zwecks Wiederaufnahme der Reinigung im alten Umfange die fehlenden 90 Pferde, 24 Kutscher und 50 Leute wieder einstellen. Es ist angeordnet worden, daß alle Kolonnen sprengen. Das ist nicht immer befolgt worden. Gegen die Saumseligen soll vorgegangen werden. Bei dem guten Wetter in letzter Zeit mußten alle Kräfte für die Heuernte eingesetzt werden. Im Gegensatz zu anderen Großstädten, welche bis zu 70 Prozent ihrer Straßenreinigung eingestellt haben, geschah das bei uns nur im Umfange von 30 Prozent.

Stadtv. Wolbracht (Mehrheitssoz.) berichtet über folgenden Dringlichkeitsantrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß sofort eine Kommission, bestehend aus 6 Stadtverordneten, gebildet werde, welche im Verein mit Magistrat und dem städtischen Heizungsingenieur das gesamte städtische Heizungswesen, namentlich der Schulen, prüfen und geeignete Vorschläge bringen möge, um im kommenden Winter erneute Schwierigkeiten auf diesem Gebiete zu verhindern."

In der Begründung des Antrags führt Stadtv. Wolbracht aus: Da wir mitten im Braunkohlengebiet liegen, würde es sich empfehlen, zur Brikettheizung überzugehen und die dazu notwendigen Aenderungen in den Heizungsanlagen während der Ferien vornehmen zu lassen. Auch bietet das Gaswerk genügend Raum zur Unterbringung größerer Kohlenvorräte.

Stadtbaurat Jost geht bei dieser Gelegenheit kurz auf einige Anträge von Elternbeiräten ein betreffs Weiterführung des Unterrichts während der Wintermonate. Wie die Ortskohlenstelle mitgeteilt hat, ist sie auf eine Belieferung der Schulen in Höhe von 70 Prozent der Friedensbelieferung eingestellt. Die Schulen haben bereits ein Drittel ihres Bedarfs in den Kellern liegen. Erfahrungen auf dem Gebiet der Umänderung von Heizefeuern aus Koksfeuerung in Brikettfeuerung liegen noch nicht vor, doch würde eine derartige Aenderung der 50 bis 60 Kessel ungefähr eine Million Mark kosten. Die beantragte Kommission würde am besten der Baudeputation angeschlossen werden. — Stadtv. Minner (Dem.) hält den Umbau für dringend notwendig und wünscht, daß die Kommission als ständige Kommission eingesetzt wird.

In diese Kommission werden die Stadtv. Roediger, Minner, Balke, Volbracht, Knauthe und Osterburg einstimmig gewählt.

Nochmals der Fall Rive.

Zu dem bereits eingangs erwähnten, von den Mehrheitssozialisten eingebrachten Antrag betr. Wiedereinsetzung des Oberbürgermeisters Rive führt Stadtv. Müller (Mehrheitssoz.) aus, daß seine Fraktion nach der Erklärung des Oberpräsidenten der Meinung sei, daß das Belastungsmaterial gegen den Oberbürgermeister nicht ausreiche und somit kein Grund vorliege, diesen länger von seinem Amte fernzuhalten. Seine Fraktion verlange allerdings, daß der Oberbürgermeister den Ausdruck „Denunziationskomitee", der eine Beleidigung für das Stadtverordnetenkollegium bedeutet, zuvor mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme.

Stadtv. Herold (Deutschnat.) betont, daß der Ausdruck Denunziation = Anzeige eine Beleidigung nicht enthalten könne. Demgegenüber ist Stadtv. Dürrfeld (Mehrheitssoz.) der Ansicht, daß Dr. Rive das Kollegium mit diesem Ausdruck habe zurücksetzen wollen. — Stadtv. Herzfeld (Dem.) erklärt, daß er für seine Person sich durch den Ausdruck nicht beleidigt gefühlt habe und bittet, den Beschluß der Versammlung nicht unbedingt davon abhängig machen zu wollen, daß der Oberbürgermeister die Aeußerung zurücknimmt.

Nach kurzer Debatte wird schließlich der Antrag der Mehrheitssozialisten in nachstehender Fassung einstimmig angenommen:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt davon Kenntnis, daß der Bezirksausschuß das gegen Herrn Oberbürgermeister Dr. Rive eingeleitete Disziplinarverfahren eingestellt hat. Nachdem ihn nun der Oberpräsident aufgefordert hat, seine Funktionen wieder aufzunehmen, erwarten die Stadtverordneten, daß er vor Wiederaufnahme des Amtes seine im Provinziallandtag erhobene Beleidigung gegen den vom Stadtverordnetenkollegium eingesetzten Untersuchungsausschuß, den er öffentlich als Denunziationskomitee bezeichnete, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt."

*

In ihrer Abendausgabe von Dienstag, den 22. Juni, schließt die „Saalezeitung" ihren Bericht über die Stadtverordnetensitzung vom Montag mit folgenden Sätzen: Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrags auf Forderung des Disziplinarverfahrens gegen Oberbürgermeister Rive und die anderen Beamten. Dagegen stimmten die bürgerlichen Parteien geschlossen. (Von der „Saalezeitung" gesperrt.) — Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der Bericht der „Saalezeitung" irrig und irreführend ist. Die Demokraten tonnten sich zu dieser „bürgerlichen Geschlossenheit" leider nicht aufschwingen und sie gaben hier, wie schon manchmal, wieder das Beispiel der Zerfahrenheit, des Zerfalls und der Uneinigkeit in ihren eigenen Reihen. Diesmal war es wieder Herr Minner, der abweichen wurde und der seinem innersten Herzenszuge folgend mit der sozialistischen linken Seite stimmte. — Man wird sich das für kommende Zeiten merken müssen.

Halle und Umgebung

Halle, 29. Juni.

— **Ein Wolkenbruch** ging gestern am Spätnachmittag über unsere Stadt hernieder. Schon in der vierten Nachmittagsstunde hatten sich über der Heide schwarze Wolken gesammelt, die erkennen ließen, daß eine atmosphärische Entladung zu erwarten war. Tatsächlich hatte der Mittag auch eine Schwüle gebracht, die fast unerträglich war. Mit überraschender Schnelligkeit zog das Gewitter herauf, dessen Hauptmacht über den nördlichen Vororten der Stadt lag. Nach einigen heftigen Donnerschlägen setzte ein Hagelstreiben ein, wie es oft nicht im April zu sehen ist. Die Straßen waren augenblicklich weiß, und es sind Hagelkörner von beträchtlicher Größe festgestellt worden. Diese heftigen Hagelschauer waren von starken Winden begleitet. Es wurden teilweise Windhosen beobachtet. In Giebichenstein, Cröllwitz und Trotha, die dem Unwetter am meisten ausgesetzt waren, schlugen Blitze verschiedentlich ein. So in den Burghof Giebichensteins und in das Depot am Zoologischen Garten. In der Stadt hat der Hagelsturm nur in den Promenaden Schaden angerichtet. Einige Schläge am Martinsberg und in der Lindenstraße hatten keine Folgen. Bis zur Stunde liegen noch keine weiteren Schadenmeldungen vor.

— **Die Röntgenabteilung der Fürsorgestelle für Lungenkranke**, Salzgrafenstraße 1, hatte im Monat Mai im ganzen 301 Patienten abzufertigen. Die stete Steigerung der Besuche der Röntgenabteilung ist ein Beweis dafür, wie sich diese Form der Krankheitserkennung eingebürgert hat. Leider sind die außerordentlich hohen Preise für Platten, Chemikalien, Röhren, Strom usw. mit daran schuld, daß nicht eine noch allgemeinere Benutzung dieser Einrichtung möglich ist. Auch die Hallesche Aerzteschaft sendet in steigendem Maße ihre Kranken zur Aufnahme in die Fürsorgestelle (Aufnahmen nur mit ärztlicher Ueberweisung, wochentags von 8 bis 10 Uhr). Untersuchungen auf Blutfarbstoff wurden in der Fürsorgestelle 47 mal vorgenommen. Sie ergaben stärkere Winderwerte bei drei Viertel der Untersuchten. Sonst verlief die Fürsorgearbeit in den gewohnten Bahnen. Die Zahl der Besucher betrug 1350. Ueberweisungen an Aerzte und Kliniken zur Behandlung fanden 92 mal statt. Pirquetsche Impfungen auf Tuberkulose wurden 145 mal ausgeführt, Kochsche Proben 3. Kuren in Heilanstalten, im Ausland, in Ferienkolonien, in Bädern wurden 56 mal beantragt. Krankenhausaufnahmen wurden in 8 Fällen veranlaßt. Auf sie wird besonderer Wert gelegt, um eine vollständige Trennung von Gesunden und Kranken durchführen zu können. Wegen herrschendem Wohnungsmangel verhinderte sich die Zahl der Wohnungsaufschüsse auf 9.

— **Heilnahrung für Säuglinge.** Von Kinderärzten ist bemängelt worden, daß Anträge auf „Löfflunds Malzextrakt" zur Bereitung von Heilnahrung für Säuglinge nicht ohne weiteres berücksichtigt würden und daß das Stadternährungsamt versucht habe, die vorhandenen knappen Vorräte zu strecken. In Zukunft wird das Stadternährungsamt „Löfflunds Malzextrakt", wenn es ausdrücklich von Kinderärzten als „Heilnahrung für Säuglinge" verordnet wird, in den beantragten Mengen abgeben. Es macht aber darauf aufmerksam, daß vermutlich in 4—5 Wochen der vorhandene Vorrat an Malzextrakt erschöpft sein wird, wenn ebensoviel wie bisher verordnet wird, und bittet daher im Interesse der gefährdeten Säuglinge, die Verordnung von Malzextrakt als Heilnahrung auf ganz dringende Fälle zu beschränken.

— **Im Halleschen Frauenbildungsverein** spricht am Mittwoch abends 8 Uhr im Saal der städtischen Frauenschule, Burgstr. 45, Frau Dorotheen von Velsen (Geschäftsführerin des Bundes deutscher Frauenvereine) über: „Eindrücke aus dem besetzten Gebiet." Gäste willkommen.

— **Preise für Frühkartoffeln.** Auf Grund des § 1 der Verordnung über die Preise für Frühkartoffeln vom 14. Juni 1920 (R. G. Bl. S. 1204) ist mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle für den Bezirk der Provinz Sachsen der Erzeugerhöchstpreis der Frühkartoffeln für die Zeit vom 1. bis einschließlich 11. Juli 1920 auf 35 Mk. und vom 12. Juli 1920 ab bis auf weiteres auf 32 Mk. für den Zentner festgesetzt worden.

Hauptschriftleiter: Helmut Bötcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Bötcher; für politische Nachrichten, Handelswirtschaft und Sport: Hans Heilig; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Seltheim. Anzeigenleiter: Paul Lerßen; Druck in Halle a. S. Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006291-17/fragment/page=0004